

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

das
Streik ist ^{das} beste Mittel, um etwas zu erreichen !!!

Berliner Illustrierte Zeitung

WORMSER PROZESS SKANDAL OHNE FROH 53 VERBLÖDEN WURDE ALLES MALHEIM DEN FESTE 56
 HUNDERTEBURT TAG DA MUSSEN DIE PROFIS RAN 53 DICH NEIGT BEIM TATURICH NICH MÜLLER 512

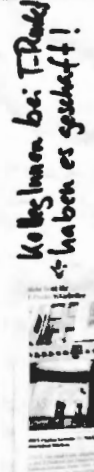


Manche Dinge ändern sich nie... oder doch..?
 Was der BVG-Streik mit der Stadt macht S.6/7

Ist doch gut so



BSirke: "Deutschland wird was erleben...."
 ↓
 Verdi Vorsitzender



Aus aktuellem Anlass – zum BVG-Streik 1932

Wie die Gegner der Arbeiterbewegung die Tatsachen verdrehen: Der Anlass für diesen Nachdruck: die aktuellen Arbeitskämpfe bei den »Berliner Verkehrsbetrieben« und die Begleitung in etlichen Berliner Zeitungen mit Artikeln zum BVG-Streik von 1932. Auch die Kolleginnen und Kollegen, die sich im Ausstand befinden, haben diese Darstellungen interessiert zur Kenntnis genommen. Die Wandzeitung am BVG-Betriebshof in der Cicerostraße belegt dies. Beachtung findet bei ihnen vor allem die Konsequenz und Radikalität, mit der die BVG'ler im November 1932 fünf Tage lang für ihre Interessen eintraten. Nach Kriegsende diente in der Bundesrepublik die verfälschende Darstellung der Ereignisse

von 1932 der These, der BVG-Streik sei ein Beleg für die Zusammenarbeit von NSDAP und KPD zur Beseitigung der Weimarer Demokratie. Auch die SPD und die Führungen der DGB-Gewerkschaften schlossen sich dieser »Geschichtsschreibung« an. Von den wirklichen Ursachen für den Sieg des Nationalsozialismus und der Rolle der bürgerlichen Parteien, der SPD und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) soll damit abgelenkt werden. Wir drucken deshalb noch einmal einen 1983 in der Arbeiterpolitik erschienenen Artikel ab. Vorweg noch einige Bemerkungen zur damaligen Situation.

Extradruck der Gruppe
 Arbeiterpolitik Berlin

Der BVG-Streik von 1932 und die drohende Machtergreifung des Faschismus

Als die Beschäftigten im Nahverkehr Berlins am 3. November 1932 in den Streik traten, war das Ende der Weimarer Republik längst eingeläutet. Von 1929 bis Ende 1932 war die Zahl der Arbeitslosen auf 6 Millionen angewachsen, wobei die Zahl der nicht verdienenden Frauen nirgends registriert war. Eine Lohnabbauwelle nach der anderen hatte zuvor den Lebensstandard großer Teile der arbeitenden Bevölkerung und vor allem der Erwerbslosen unter das Existenzminimum gedrückt. Durch eine staatlich verordnete Zwangsschlichtung und mit Notverordnungen wurden die Interessen der Industrie- und Unternehmerverbände durchgesetzt.

Der ADGB und die Politik der Arbeitsgemeinschaft

1914, als der deutsche Imperialismus den I. Weltkrieg mit vom Zaune brach und der Kaiser *»keine Klassen sondern nur noch Deutsche«* kannte, schlossen die Gewerkschaften mit der herrschenden Klasse und dem Kaiserreich einen Burgfrieden. Lohn- und Streikbewegungen wurden im nationalen Interesse eingestellt. Nach 1918 setzte der ADGB diesen Kurs mit der Politik der Arbeitsgemeinschaft fort. In enger Kooperation mit den Unternehmerverbänden und der Regierung sollten die Interessen der arbeitenden Menschen durchgesetzt werden. In Folge der Novemberrevolution von 1918 und der nach dem Krieg Anfang der 20er Jahre einsetzenden Stabilisierung und eines vorübergehenden Aufschwungs zwischen 1923 und 1928 konnten die Gewerkschaften auch tarifliche Erfolge vorweisen.

Die Zerschlagung der Tarifverträge

Die Weltwirtschaftskrise setzte dem ein jähes Ende. In Kooperation – sprich Sozialpartnerschaft – mit dem Gegner ließen sich noch nicht einmal die errungenen Erfolge verteidigen. Die sozialdemokratisch dominierten Gewerkschaftsführungen gaben in den letzten Jahren der Weimarer Republik die seit 1918 errungenen tariflichen Regelungen schrittweise preis. Den Angriffen auf die Tarife und die Existenz der Gewerkschaften selbst hätte nur begegnet werden können, wenn sich die Gewerkschaften gegen die Ursachen der sich ständig verschlechternden Arbeits- und Lebensbedingungen, gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung gewandt hätten. Der BVG-Streik im November 1932 stellt den Schlusspunkt dieser Entwicklung dar. Er bot letztmalig in der Weimarer Republik die Gelegenheit, einen breiten Widerstand der Arbeiter gegen die die Lohnsenkungspolitik von Staat und Wirtschaft zu organisieren.

Aus dem sozialen Absturz großer Teile des Kleinbürgertums und aus der rasant gestiegenen Massenarbeitslosigkeit und Armut konnten die Nazis politisch profitieren. Begünstigt wurden sie, weil die Gewerkschaften angesichts der Weltwirtschaftskrise bei der Wahrnehmung ihrer eigentlichen Aufgabe, der Verteidigung bzw. Anhebung der Löhne, völlig versagten.

Machtergreifung der NSDAP und Vernichtung der Gewerkschaften

Im November 1932 hatte sich die NSDAP die finanzielle Unterstützung einflussreicher Kreise der deutschen Industrie gesichert. Diese sahen in den Nationalsozialisten das letzte innenpolitische Instrument gegen eine soziale/proletarische Revolution in Deutschland. Auf den Faschismus setzten die deutschen Industrie- und Finanzkonzerne zunehmend, nachdem ihre politischen Vertreter, die Zentrums- und die rechtsbürgerliche Deutschnationale Volkspartei und die Nationalliberale Partei sich bei der

Bevölkerung diskreditiert hatten. Die deutsche Bourgeoisie war bereit auf ihre politische Herrschaft mittels dieser bürgerlichen Parteien zu verzichten, um die kapitalistische Ordnung und ihre gesellschaftliche Stellung zu retten. Die NSDAP bot sich für diese Aufgabe an. Die bürgerlichen Wähler liefen scharenweise zu den Nationalsozialisten über, deren bisherige Parteien kapitulierten kampfflos vor dem Machtanspruch des Faschismus.

Bei der Beseitigung der Weimarer Republik spielte auch das Hugenberg-Presse-Imperium eine entscheidende Rolle. Deren Zeitungen hatten mit ihrer Hetze gegen die Gewerkschaften und die Arbeiterparteien die Angriffe des Unternehmerlagers gerechtfertigt und unterstützt und sich gleichfalls in den Dienst der »nationalen Sache« gestellt, die zunehmend von der NSDAP repräsentiert wurde. Alfred Hugenberg wurde von Hitler als Minister in das erste Kabinett berufen.

Das Verschweigen der Zusammenhänge und die Verfälschung der tatsächlichen Ereignisse vom November 1932 dienen der Verschleierung der Rolle, die sowohl die deutsche Industrie als auch die bürgerlichen Parteien bei der Herausbildung und für den Sieg des Nationalsozialismus spielten. Die SPD als auch die Führung des DGB haben sich dieser »Geschichtsdarstellung« angeschlossen, um vom »Versagen« ihrer Vorgänger in der Weimarer Republik abzulenken. Nur sechs Monate nachdem die ADGB-Führung dem Arbeitskampf der BVG-Beschäftigten die gewerkschaftliche Unterstützung verweigert hatte, riefen sie die Gewerkschaftsmitglieder auf, am 1. Mai 1933 gemeinsam mit den Nationalsozialisten den »Tag der Arbeit« zu feiern. Die Hoffnung, durch die restlose Anpassung die eigene Existenz retten zu können, erfüllte sich nicht. Die Nationalsozialisten konnten auf den ADGB zur Sicherung des sozialen Friedens und ihrer Herrschaft verzichten. Am 2. Mai 1933 stürmte die SA die Gewerkschaftshäuser, die Gewerkschaften wurden verboten.

Berlin, 17. 3. 2008 ■

Über den Verlauf der diesjährigen Tarifrunde unter anderem bei der BVG und der BT (Berlin Transport GmbH, von der BVG 2000 gegründete Fahrdiensttochter) berichten wir in den regulären Ausgaben der Arbeiterpolitik.

Neu erschienen – Reprint der Broschüre:

Das Verbrechen an den Eisenbahnern.

Der Februar-Streik und seine Lehren

von Paul Frölich, Mitglied des Reichstages

1922, Vereinigung der Internationalen Verlagsanstalten
40 Seiten, A5-Format

Abgabe zum Selbstkostenpreis von 2,50 EUR
in Briefmarken an das Postfach der GFSA e.V.
Postfach 106426 – 20043 Hamburg

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Müller
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des
Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
Alle Zuschriften nur an diese Adresse:
•GFSA e.V. • Postfach 106426 • D-20043 Hamburg•

Erfahrungen zuvor

Am 1. Mai 1929 soll die traditionelle Mai-Demonstration laut ADGB nur »in geschlossenen Räumen bzw. auf Sportplätzen« stattfinden, darüber hinaus erläßt der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin, Zörgiebel, ein Demonstrationsverbot, was zu heftigen Protesten nicht nur bei der kommunistischen Partei führt. Auch das linksliberale Bürgertum äußert Unverständnis: »Einen durch jahrzehntelange Tradition fast sakral gewordenen Aufzug, eine letzte Erinnerung an die alte sozialistische Weltgemeinschaft kurzerhand zu verbieten, das bringt kein Bourgeois fertig, dazu gehört schon einer jener wohlzugeschneittenen Parteisozialisten, deren Energie sich ausschließlich im Abbau der alten sozialistischen Werte und Riten betätigt. Herr Zörgiebel, der sich durch nichts für sein jetziges Amt qualifiziert hat, zählt zu jenen aus dem Geist der Ochsentour empfangenen Würdenträgern, die sich für ganz verteilte Realpolitiker halten... Nachdem er aber fest entschlossen war, sich an dem Maitag zu vergreifen, mußte er auch der Nachweis führen, daß Gefahr im Verzuge sei und deshalb wurde Berlin geradezu von Polizei überflutet und, ehe sich noch etwas ereignet hatte, ein Bild geschaffen, als wäre der Bürgerkrieg im vollen Gange. Mit dem militärischen Aufwand zog eine böse und gereizte Stimmung ein...«³

Um das Demonstrationsrecht durchzusetzen, ruft die KPD dazu auf, »auf die Straße« zu gehen. Da sie aber, gehindert durch ihre »Sozialfaschismus«-Politik gegenüber den Reformisten, nicht bereit und in der Lage war, innerhalb der Gewerkschaften für die Aufhebung des Demonstrationsverbotes zu kämpfen und breite Teile der Arbeiter zu gewinnen, gingen die KPD-Anhänger weitgehend allein auf die Straße. »Die Zörgiebel und Genossen haben bei ihrer Provokation selbstverständlich den Gegner in Rechnung gestellt, dem die Provokation galt, die KPD. Sie rechneten mit ihrer inneren Zersetzung, mit der Isolierung, in die sie sich hineinmanövriert hat, rechneten damit, daß die Partei durch ihr eigenes Handeln den Absichten ihrer Gegner entgegenkommen werde. Und ihre Rechnung hat gestimmt.«⁴

Die Bilanz: In den Berliner Arbeitervierteln Neukölln und Wedding starben 27 Menschen, es gab 75 Schwerverwundete und ca. 200 Leichtverletzte.

Die KPD hatte vor dem 1. Mai versucht, mit Hilfe ihrer betrieblichen Hochburg, der BVG, den Berliner Nahverkehr stillzulegen — als Schlag gegen das Verbot Zörgiebels. »Und der Erfolg? Die Verkehrsarbeiter folgten nicht ihren »revolutionären Betriebsräten«, nicht den Anforderungen der Partei und dem Gesamtinteresse ihrer Klasse, sie folgten den Gewerkschaftsführern. Sie entschlossen sich, den Verkehr am 1. Mai aufrechtzuerhalten. Der Sinn der Betriebsrätewahl bei der BVG wurde aufgedeckt. Sie war der Protest der Arbeiter gegen die Gewerkschaftsführer und die sozialdemokratische Verwaltung, eine Anerkennung der unermüdlichen Arbeit der Genossen Deter und Krüger — nichts mehr! Und speziell für die Mai-Aktion sprach die Haltung der Verkehrsarbeiter aus, daß sie kein Vertrauen zur kommunistischen Taktik hatten. Sie empfanden, daß sie die Hauptlast für den 1. Mai (-Protest) auf ihre Schultern nehmen sollten. Das war ihnen zuviel.«⁵

Im Juli 1930 setzt die von ADGB und SPD »tolerierete« Regierung Brüning die erste Notverordnung in Kraft, durch die die teuer gewordene Krankenversicherung ihre Leistungen reduziert. In der gesamten Wirtschaft werden zunehmend die übertariflichen Löhne auf das tariflich festgelegte Maß reduziert.

Am 15. Oktober 1930 beginnt in Berlin ein Streik von ca. 130.000 Metallarbeitern. Sie wehren sich gegen einen von der SPD zu Hilfe gerufenen staatlichen Schlichter, der eine Lohnsenkung von 8 Prozent festlegt. Die Unternehmer hatten zuvor 15 Prozent Lohnsenkung gefordert. Der Druck in den Metallbetrieben ist so groß, daß der Deutsche Metallarbeiterverband (DMV) offiziell den Streik für die ganze Metallbranche Berlins ausruft, was wiederum zur Folge hat, daß die Einheitlichkeit des Handelns der Belegschaften dem Streik eine große Wucht gibt. Etwa die Hälfte der Streikenden ist nicht in einer ADGB-Gewerkschaft organisiert. Die Nationalsozialisten passen sich der Stimmung in der Arbeiterschaft an und unterstützen den Streik offiziell, seit er im Gange ist.

»Die Berliner Metallarbeiter sind hier die Preisfechter der gesamten deutschen Arbeiterklasse in der Abwehr gegen den allgemeinen Lohnabbau, der das Hauptstück des »Reform«-programms der Unternehmer und, wie der Schiedsspruch zeigt, auch der Brüning-Regierung bildet... Nicht im Parlament, sondern hier, im Berliner Metallarbeiterstreik, fällt jetzt die schwerwiegendste Entscheidung über das Schicksal der Gewerkschaften und über Aufstieg oder Niedergang des Faschismus, also über die politische Machtfrage in Deutschland. Versagen die Führer der Gewerkschaften in diesem Kampf, und schaffen sie durch ihr Versagen freie Bahn für den allgemeinen Lohnabbau, so öffnen sie damit die Bahn für alle übrigen Seiten des allgemeinen Unternehmerangriffs, gegen die Lebenshaltung der Arbeiter...«⁶

Nach 13 Tagen Streik vereinbart der DMV mit den Unternehmern, daß 1. die Arbeit sofort wieder aufgenommen wird, 2. eine Schlichtungsstelle aus drei Unparteiischen vom Reichsarbeitsminister eingesetzt wird und deren Schiedsspruch für beide Teile bindend sein wird, 3. diese Schlichtungsstelle möglichst bald in Aktion tritt...

Zu diesem Zeitpunkt hat der DMV schon zugelassen, daß die Arbeiter der Siemens-Betriebe (die etwa ein Drittel der Metallarbeiter Berlins ausmachen) mit Extravereinbarungen aus der Streikfront ausgeschert sind und schon wieder arbeiten. Zur Urabstimmung über Annahme des Schiedsspruches oder Weiterführung des Streiks erscheinen etwa 57.000 Arbeiter erst gar nicht. Von den restlichen 73.278 sind noch 32.847 für die Weiterführung des Streiks, was aber nach der Satzung nicht reicht. Die Wut und Empörung der Arbeiter über diesen hinhaltenden Abschluß eines so geschlossen begonnenen Arbeitskampfes sucht einen Ausweg. Die »Revolutionäre Gewerkschaftsopposition« (RGO) versucht einen eigenen »roten« Metallverband zu gründen, was zur Folge hat, daß die revolutionäre Opposition innerhalb des DMV geschwächt wird.

Am 8. November 1930 fällt das vereinbarte Schiedsgericht (Dr. Brauns, Dr. Jarres und Prof. Sinzheimer (SPD) als Arbeitervertreter) einstimmig einen Schiedsspruch, der die vor dem Streik geforderte 8%ige Lohnsenkung nur um wenige Wochen verschiebt. Die Wut und Empörung unter den Arbeitern ist groß.

»Hier ist eine grundsätzliche und grundlegende Entscheidung gefallen. Nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische Entscheidung erster Ordnung... Der Schiedsspruch legt die Dynamitpatrone an das Schlichtungswesen. Die Schlichtungsmaschine des bürgerlich-demokratischen Staates kann nur solange funktionieren, solange sie den Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit auf wirtschaftlichem Gebiet abstumpft und verschleiert...«⁷ Der Berliner Schiedsspruch läßt diesen Schleier fallen und nimmt dem tarifpolitischen Aushandeln die höchste Instanz, die »neutrale Schlichtung«, auf die sich die damaligen sozialpartnerschaftlichen Gewerkschafter noch verlassen hatten.

»Die Nationalsozialisten, die aus taktisch-demagogischen Gründen, wie sie jetzt selbst vor den Unternehmern kundtun, den Streik unterstützt haben, weil sie ihn nicht hindern konnten und sonst ihre eigenen Anhänger vor den Kopf gestoßen hätten, machen jetzt eine Kehrtwendung. Sie schüren rücksichtslos die Empörung der Arbeiter gegen den Verrat der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, um einen konterrevolutionären Schlag zu führen gegen die Existenz der Gewerkschaften selbst.«⁸

»Die Wirkung ist, daß man bei der Masse der Streikenden sehr häufig beifällige Äußerungen über das »knorke« Verhalten der Nazis hört. Wie ungemein gefährlich gerade diese Auswirkung des Nazi-Manövers ist, braucht hier nicht betont zu werden. Hinzu kommt noch, daß die Nazi-Blätter jetzt ganz im Ton der

³ Die Weltbühne, 7. Mai 1929

⁴ Paul Frölich, MdR., Der Berliner Blutmai, Broschüre des Junius-Verlages (KPD-O), S. 21

⁵ ebd., S. 26

⁶ Gegen den Strom, Organ der KPD-O, Nr. 42, 18. Oktober 1930

⁷ Gegen den Strom, Nr. 46, 15. November 1930

⁸ Gegen den Strom, Nr. 45, 8. November 1930

RGÖ und »Roten Fahne« von den Betrügern »Ulrich und Konsorten«, die den »gerechten Streik verraten werden«, schreiben.«⁹

»Das Schicksal der Gewerkschaften hängt davon ab, ob es gelingt, innerhalb ihrer Reihen die revolutionäre Opposition so stark zu machen, daß sie mit der reformistischen Führung aufräumt... Die Liquidierung des Reformismus in den Gewerkschaften kann in zwei entgegengesetzte Richtungen geschehen: zugunsten der proletarischen Revolution, d. h. des Kommunismus, oder zugunsten der bürgerlichen Konterrevolution, d. h. des Faschismus. Die Gefahr ist riesengroß und unmittelbar, daß das Zweite bevorsteht.«¹⁰

Im Jahre 1931 tritt eine Reihe von Notverordnungen in Kraft, alle erweitern sie die Möglichkeiten für die Unternehmer, die Tariflöhne zu senken. Verschiedene Sozialleistungen werden abgebaut, der Einfluß des staatlichen Schlichters wird erweitert.

Im Sommer 1931 »leitete die NSDAP zusammen mit den Deutsch-Nationalen und dem Stahlhelm einen Volksentscheid ein, um die sozialdemokratische Preußen-Regierung ...abzusetzen. Die KPD nahm zuerst einen vernünftigen Standpunkt dazu ein und erklärte den Arbeitern, das ist Demagogie, laßt euch nicht irremachen, mit solchen Mitteln wollen die Nazis die Zersetzung der bürgerlichen Demokratie beschleunigen, um die faschistische Diktatur zu errichten. Kurz bevor es zur Abstimmung (9. August) kam, machte die KPD eine Kehrtwendung und erklärte den Volksentscheid zum »Roten« Volksentscheid. Sie wollte offenbar verhindern, daß nur die Nazis von der Unzufriedenheit mit der SPD-Politik profitierten, aber was sie erreichte war, daß das Mißtrauen gegenüber den Kommunisten zunahm. Vor allem die Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, auf die es beim Kampf gegen den Faschismus ankam, wurde durch solch eine Politik in die Arme der reformistischen Führung zurückgetrieben...«¹¹

Am 8. Dezember 1931 wird die Vierte Notverordnung verkündet. Danach können die Unternehmer die Löhne um 10—15 % senken, die Gehälter der staatlichen Beamten, Angestellten und Arbeiter werden um 9 % gesenkt. Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Betriebsrätewahlen für 1932 auszusetzen.

Am 4. September 1932 ergeht eine »Verordnung zur Belebung der Wirtschaft« durch den Reichspräsidenten. Danach wird der Unternehmer berechtigt, den Tariflohn um 10—50 % zu unterschreiten, wenn er gleichzeitig die Belegschaft um 2—25 % vermehrt. Ist der Betrieb in Schwierigkeiten, kann der Unternehmer die Löhne bis zu 20 % senken, ohne weitere Arbeiter einstellen zu müssen. Welcher Betrieb hat in der Krise keine Schwierigkeiten?

Die Unternehmer begrüßen diese Notverordnung, weil mit den jetzt möglichen innerbetrieblichen Lohnsenkungen die von ihnen schon lange angestrebte »Auflockerung« des Tarifvertragswesens ihre staatliche und damit »rechtliche« Legitimation erhält.

Wie reagiert der ADGB? Verschiedene Einzelgewerkschaften hatten sich bereiterklärt, an den Durchführungsbestimmungen dieser Papen-Notverordnung mitzuarbeiten. Der ADGB nimmt auch diese neue Situation hin, Leipart meint: »Wenn wir vom Arbeitsminister aufgefordert werden, zu irgendwelchen Maßnahmen Stellung zu nehmen, so gehen wir hin wie bisher« (9./10. September im Bundesausschuß).¹²

Das Tarifvertragswesen ist mit der Notverordnung vom 4./5. September 1932 zur Waffe der Unternehmer geworden, die Reichsregierung hat nun die Möglichkeit, jeden Streik für illegal zu erklären, die Auszahlung von Streikunterstützung durch den Tarifpartner ADGB kann gerichtlich geahndet werden. »Die Gewerkschaften dürfen keine Aufforderung zur

Arbeitsniederlegung erlassen«, das ist die Antwort des ADGB-Bundesausschusses (durch Leipart), die auch unter der Regierung Papen noch ihren staatstreuen Einfluß auf die Arbeiter unter Beweis stellen will.

Für die Industriearbeiter ist die materielle Notlage offenbar entscheidender als die politische Prostitution des Reformismus der ADGB-Führung. Es entwickeln sich im Herbst 1932 im ganzen Deutschen Reich in Industriebetrieben Auseinandersetzungen, die sich teilweise bis zu Abwehrstreiks entfalten, und dies alles trotz fehlender materieller und politischer Unterstützung durch den ADGB. Vielfach ziehen die Unternehmer ihre Lohnkürzungsforderungen schon bei Androhung von Streiks ganz oder teilweise zurück. Der ADGB ergreift während dieser sogenannten »Herbststreikwelle« keinerlei Initiativen, diese vereinzelt Kämpfe zusammenzufassen und der zunehmenden Verelendung der Arbeiterklasse organisierte praktische Maßnahmen entgegenzusetzen.

Die Aufsplitterung des Widerstandes gegen den Lohnabbau in betriebliche oder regionale Einzelkämpfe ohne die politische Unterstützung durch den ADGB ist der Resonanzboden für die Agitation der RGÖ, für ihre relativen Erfolge bei der Auslösung von Streiks. Jedoch: »Wenn es infolge der Papen-Verordnung am 4. 9. 1932 zu verhältnismäßig erfolgreichen Abwehrkämpfen kam, so nicht wegen der RGÖ. Gewiß hat die RGÖ auch einige Streiks ohne die gewerkschaftliche Sanktion geführt. Wo sie aber erfolgreich, oder wenigstens teilweise erfolgreich waren...so nur darum, weil die organisierten Gewerkschaftsmitglieder im stillschweigenden Einverständnis ihres Verbandes Solidarität übten. Wo aber, wie in der Berliner Krafttag, die Verbandsbürokratie offen dagegen auftrat, ging der Kampf verloren. In diesem Fall sogar trotzdem, daß die erdrückende Mehrheit der Freigewerkschaftler im Betrieb den Streik anfänglich mitmachten.«¹³

Die linksliberale »Weltbühne« stellt fest: »Was fast allen unmöglich schien, ist seit einigen Tagen Wahrheit geworden: die These der revolutionären Gewerkschaftsopposition, man könne auch in der Krise Streiks durchfechten, ist durch die Tatsachen gerechtfertigt worden; und zwar in dem Augenblick, als die freien Gewerkschaften die Streikbewegung mitmachten...«¹⁴

»Sicher sind in zahlreichen Fällen die kommunistischen Arbeiter im Betrieb die Aktiven beim Streik gewesen. Wenn aber — wie beim Hamburger Verkehrsstreik, beim Streik in den Bayerischen Motorenwerken — die Gewerkschaften den Abbruch des Streiks erklärten, so hat die RGÖ niemals auch nur einen Tag den Ausstand allein weiterführen können. Es wurde also mit aller Deutlichkeit klar, daß die Kommunisten durch die Gründung der RGÖ ihren Einfluß auf die gewerkschaftlich organisierten Betriebsarbeiter außerordentlich vermindert haben. Der Druck auf die manchmal nur widerwillig den Streik führende Gewerkschaftsbükratie wäre sicher weit größer gewesen, wenn die Kommunisten nicht außerhalb der freien Gewerkschaften sondern in diesen die Opposition organisiert hätten.«¹⁵

Die Situation im Herbst 1932

Inzwischen gibt es im Deutschen Reich ca. 6.350.000 Arbeitslose und ca. 3.000.000 Kurzarbeiter. Nur noch ein Drittel aller Arbeiter sind voll beschäftigt. Die Löhne der Industriearbeiter sind seit 1930 durchschnittlich um mindestens 20 Prozent gesunken. Fast 250.000 Jugendliche sind mittels Notverordnung in den »freiwilligen« Arbeitsdienst gepreßt worden — durch Androhung des Unterstüßungs-Entzugs.

Die Zahl der Mitglieder im ADGB ist von 1929 bis September 1932 um 26 Prozent, um mehr als eine Million auf 3,7 Millionen Mitglieder gesunken. Von diesen Mitgliedern sind rund 45 Prozent arbeitslos und weitere 23 Prozent stehen in Kurzarbeit.

Die trotzdem entstandenen Kämpfe gegen den Lohnraub bewegen sogar die Linksintellektuellen, die in der »Weltbühne« zu Wort kommen, dazu, an den ADGB zu appellieren: »Dieser Lohnkampf ist nicht nur wirtschaftlich zu verstehen, er ist ein bedeutendes politisches Faktum. Wenn man bedenkt,

⁹ Gegen den Strom, Nr. 43, 25. Oktober 1930

¹⁰ Gegen den Strom, Nr. 46, 15. November 1930

¹¹ Paul Eiflein, Immer noch Kommunist? Verlag Koppel 14

¹² Hannes Heer, Burgfrieden oder Klassenkampf, 1971, S. 92/93

¹³ Gegen den Strom, Nr. 24, 19. November 1932

¹⁴ Die Weltbühne, 4. Oktober 1932

¹⁵ Die Weltbühne, 8. November 1932

daß sich die Nazis bei der Entscheidung, ob sie mitmachen sollen, in schwerer Bedrängnis befinden (die sich durch Beteiligung von einem Ort und durch Nichtbeteiligung an einem anderen manifestiert); Wenn man weiterhin bedenkt, daß sich auch die christlichen Arbeiter den Streiks vielfach angeschlossen haben; wenn man drittens bedenkt, daß SPD- und KPD-Arbeiter hier in einer Front stehen, dann wird es klar, daß diese Streiks von den verantwortlichen Führern ausgewertet werden müssen mit dem Ziel, endlich die Einheitsfront der Werktätigen zu schaffen...¹⁶

Bis zu diesem Zeitpunkt ist der 1930 von der ADGB-Führung in der Schlußphase abgewürgte Streik der 130.000 Berliner Metallarbeiter der letzte Arbeitskampf, der die widerstandsbereiten Kräfte über den Einzelbetrieb hinaus im Namen einer ADGB-Gewerkschaft zusammenfaßte.

Die Berliner Verkehrs-Aktiengesellschaft

Das gemeinwirtschaftliche Unternehmen »BVG« erlebte seit etwa 1929 einen allgemeinen Rückgang seines Fahrgeschäftes — als eine Auswirkung der Krise. Unpopuläre Tarifierhöhungen waren die Reaktion des Vorstandes. Unrentable U-Bahn-Bauten, ausgedehnte Grundstückskäufe, Anschaffung von falsch konstruierten Straßenbahnwagen brachten dem Unternehmen eine erhebliche Verschuldung, was zu Auseinandersetzungen unter den Partei-Vertretern im Vorstand und im Aufsichtsrat führte.

Im November 1930 wird das deutschnationale Vorstandsmitglied Lüdke in der Presse angegriffen, weil er Begünstigungsgeschäfte mit Zulieferfirmen forciert hat. Der Vorstand reagiert auf die Angriffe mit einer Beförderung Lüdkes innerhalb der Vorstandshierarchie. Zuvor hatten die Deutschnationalen den Vorsitzenden des Aufsichtsrates, den Sozialdemokraten Reuter, wegen der Verschuldung im Stadtparlament scharf angegriffen. Die Parteien reagieren auf die Angriffe der Presse (»rote Mißwirtschaft«), indem sie die Direktionsgehälter bei der BVG halbieren, auf 4000 RM, bzw. 3000 RM monatlich, die BVG wird »neu lackiert«, schreibt dazu die Weltbühne. Das einzige fachlich qualifizierte Aufsichtsratsmitglied wird entlassen, im Laufe der Zeit auch ca. 2000 Arbeiter.

Die Löhne und Gehälter der verbleibenden Arbeiter werden innerhalb eines Jahres (Mai 1931 bis Januar 1932) um rund 25 Prozent (45 bis 64 RM) gesenkt, darüber hinaus werden Sozialleistungen abgebaut.

Die RGO hatte bei den Betriebsratswahlen im Frühjahr 1929 noch erhebliche Stimmenzuwächse zu verzeichnen gehabt, schließlich hatte sie auf ihre Fahnen den Kampf gegen die »Bonzenwirtschaft« und die »Sozialfaschisten« geschrieben.

Im Oktober 1931 drücken die Wahlen zum Betriebsrat bei der BVG aus, daß die RGO in der zunehmend schwierigeren Situation ihre Position nicht halten kann. Die Stimmenverhältnisse im Betriebsrat:¹⁷

	1929	1931	
	Stimmen	Stimmen	Plätze
ADGB-Gewerkschaften	5934	9713	14
RGO	10747	5545	10
NSBO			2
Eisenbahner			2
Straßenbahner			1
Christen			1

Die »Nationalsozialistische Betriebs-Organisation« (NSBO) hat also im Herbst 1931 noch nicht wesentlich von der Verbitterung und Unzufriedenheit der Arbeiter über ihre Vertretung in ADGB und Sozialdemokratie profitiert.

Direktor und Personalchef ist zu dieser Zeit der Sozialdemokrat Fritz Brolat. Sieben Monate vor dem Streik wird er in ein Meineidverfahren verwickelt, was in der Agitation von Nazis und RGO vor dem Streik eine erhebliche Rolle spielt.

Es kommt zum Streik bei der BVG

Eine der ersten Lohnsenkungsverhandlungen nach der Notverordnung vom 4./5. September 1932 findet zwischen der bis dahin noch sozialdemokratisch dominierten Berliner Stadtverwaltung und dem für die städtischen Arbeiter zuständigen »Gesamtverband« statt. Die Verhandlungen werden »erfolgreich« abgeschlossen, indem den Arbeitern erklärt wird, daß die Löhne »nur« um 4 Pfennig/Std. gekürzt werden, ein Arbeitskampf sei nicht möglich.

Seit dem 10. Oktober verhandelt die Direktion der BVG mit dem »Gesamtverband« über einen neuen Lohnarbeitsvertrag, der alte Vertrag soll am 1. November auslaufen. Die BVG-Direktion (Brolat ist inzwischen beurlaubt, neuer Personalchef ist der deutschnationale Zangemeister) hat die Absicht, mit der Notverordnung Papens im Rücken eine Lohnsenkung von 14 bis 23 Pfennig pro Stunde (Stundenlöhne 88 bis 104 Pfennig) durchzusetzen.

Am 26. Oktober veröffentlicht die Leitung des »Gesamtverbandes« das Ergebnis der bis dahin geführten Verhandlungen: 2 Pfennig Lohnabbau. Die Verhandlungsleitung unterschreibt dieses Ergebnis nicht, sondern geht damit in den Betrieb zurück. Auf einer Versammlung betrieblicher ADGB-Funktionäre wird beschlossen, im Betrieb eine Urabstimmung »Für Streik« oder »Für Lohnabbau« durchzuführen. Sie soll nicht von den Gewerkschaften durchgeführt werden, sondern vom Betriebsrat, da dieser alle Beschäftigten dazu aufrufen kann, »mit allen daraus entstehenden Folgen«.¹⁸ Der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende meint, daß etwas mehr als 61 Prozent für einen Streik stimmen werden.

Der Hintergrund: Seit Verhandlungsbeginn haben KPD und RGO die Verbitterung und das Mißtrauen der Arbeiter gegenüber der »Verräterpolitik« der ADGB-Führung ausgenutzt, um sich als die besseren Arbeitervertreter darzustellen.

Da bei der BVG höchstens ein Drittel (etwa 6000) der Arbeiter in den ADGB-Gewerkschaften organisiert ist, wirkt diese Kritik »von außen« natürlich vor allem bei den Nichtorganisierten. Ebenfalls »von außen« mischen sich die Nazis mit ihrer NSBO ein, um die oberflächliche Kritik vom »Verrat« der Gewerkschaften in der Belegschaft zu verbreiten. Sie haben am wenigsten den materiellen Erfolg der Arbeiter im Sinn; für sie ist wichtig, wenige Tage vor den Reichstagswahlen die latent politische Dimension des Konfliktes auszunutzen — gegen den »Marxismus« der SPD und gegen den »Bolschewismus« der KPD.

ADGB-Führung und »Gesamtverband« wollen mit der Minderheit von freigewerkschaftlich Organisierten in diesem Betrieb keine Urabstimmung durchführen, denn: Entweder wäre diese Minderheit für einen Streik, dann müßte die Gewerkschaft einen Arbeitskampf verantwortlich führen, den sie von vornherein nicht unter Kontrolle hat. Oder die Minderheit wäre gegen den Streik, was die Auslösung eines Arbeitskampfes aber nicht verhindert, der RGO-Agitation aber Nahrung gegeben hätte.

Mit der Entscheidung, daß der Betriebsrat die Verantwortung für die Urabstimmung übernehmen soll, hat der ADGB festgelegt und akzeptiert, daß in entscheidendem Maße die nicht freigewerkschaftlich Organisierten, also die von RGO, NSBO, Gelben und Christen beeinflussten Arbeiter über Streik oder Nicht-Streik entscheiden.

Graßmann, der zweite Vorsitzende des ADGB, rechtfertigt sich später vor dem SPD-Parteivorstand: »Für mehr als 20.000 städtische Arbeiter ist kurze Zeit vor den Verhandlungen mit der BVG ein Schiedsspruch zustande gekommen, der den Leuten vier Pfennig vom Stundenlohn nimmt, während die Regelung mit den Verkehrsarbeitern nur einen Abzug von zwei Pfennig vorsah. Nun stellen Sie sich einmal die Lage für die Organisation vor: Den städtischen Arbeitern hat man gesagt,

¹⁶ Die Weltbühne, 4. Oktober 1932

¹⁷ Die Zahlen von 1929 aus: Das rote Gewerkschaftsbuch, S. 141; die Zahlen von 1931 aus: Vossische Zeitung, 3. November 1932

¹⁸ Gewerkschaft, Organ des »Gesamtverbandes«, 12. Nov. 1932

¹⁹ Hagen Schulze, Anpassung oder Widerstand, Aus den Akten des Parteivorstandes der SPD 1932/33, Bonn-Bad Godesberg (Neue Gesellschaft) 1975, S. 61



Vor dem BVG-Strassenbahn-Depot in der Müllerstraße.

*ihre müßt vier Pfennig hinnehmen, ein Streik ist unmöglich. Und den wegen zwei Pfennig streikenden Verkehrsarbeitern müßte man eine Unterstützung durch die Organisation gewähren...*¹⁹

Die Mobilisierung auf einen Arbeitskampf durch KPD und RGO schon seit Beginn der Verhandlungen erreicht nicht, daß die Urabstimmung, wie es die RGO will, auf den 1. November (Lohnauszahlungstag, stärkste Anwesenheit im Betrieb) gelegt wird. Die sozialdemokratischen Funktionäre setzen sich durch; es soll erst am 2. November abgestimmt werden.

Die Urabstimmung am 2. November ergibt: Von 21.902 Beschäftigten nehmen 18.537 teil. Davon stimmen 14.471 für Streik, 3.993 gegen Streik, 73 ungültig. Es sind also genau 2/3 der Beschäftigten trotz der Tatsache, daß die ADGB-Gewerkschaften den Streik nicht wollen und erkennbar nicht unterstützen werden, für Arbeitskampf.²⁰

Am Abend des 2. November beschließt eine Versammlung von Delegierten der Beschäftigten der einzelnen BVG-Betriebsstätten,²¹ daß vom Donnerstagmorgen, 3. November, 4.00 Uhr, die BVG bestreikt werden soll. Eine zentrale

Streikleitung, sowie Streikausschüsse für die einzelnen Betriebsstätten werden gewählt. Die zentrale Streikleitung ist paritätisch besetzt, es sind Kommunisten, Sozialdemokraten und Freigewerkschafter, Nazis und anders Organisierte dabei.²²

Etwa zur gleichen Zeit dieses Abends findet im Gewerkschaftshaus eine Versammlung von 400 Gewerkschaftsfunktionären der BVG statt, die sich gegen einen Streik ausspricht.

Im Laufe der Nacht erhalten sämtliche Betriebsbahnhöfe auf Anforderung der Direktion polizeilichen Schutz. Schnellwagen der Schutzpolizei werden bereitgestellt, die Straßenbahnen und Busse begleiten sollen.

Am Vormittag des 3. November erreicht der Streik sehr schnell eine große Geschlossenheit, wohl aus drei Gründen:

- die zum Streik bereiten Kollegen gehen mit großer Entschiedenheit vor, um die Ausfahrt von Straßenbahnen und Autobussen zu verhindern,

- die sozialdemokratisch organisierten und beeinflussten Arbeiter, die in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeiter können sich der Stimmung nicht entziehen, sie streiken mit — obwohl ihre Funktionäre mit dem Urabstimmungsergebnis im Rücken weiter verhandeln wollen, um dabei *»auch die 2Pfg.-Kürzung noch zu beseitigen«* und sich *»die Waffe des Streiks als letztes Mittel aufzusparen.«* Die Werkstatt Uferstraße, die als sozialdemokratische Hochburg gilt, stimmte bei der Urabstimmung für Annahme des 2-Pfg.-Abzuges, streikt nun aber mit. Der *»Vorwärts«* schreibt an diesem Morgen: *»Im Übrigen wird es sich auch hier wieder erweisen, daß einen radikalen Stimmzettel abgeben — und danach zu handeln, zwei verschiedene Dinge sind.«*

- die Erwerbslosen Berlins fallen den Streikenden nicht in den Rücken, im Gegenteil: sie betätigen sich am Streikposten-Stehen und an Sammelkolonnen, die in den Arbeitervierteln Berlins Propaganda für die Unterstützung des Streiks machen. Der Streik wird vor allem in den Arbeitervierteln mit großer Sympathie verfolgt, Behinderungsmaßnahmen der Streikposten gegen Ausfahrversuche von Straßenbahnen werden vom *»Publikum«* unterstützt. Einem Zeitungsreporter fällt auf, daß sich *»in einem Maße, wie es in Berlin noch nie beobachtet wurde, Frauen...«* an den Blockade- und Solidaritätsaktionen beteiligten.

Die Vossische Zeitung stellt fest, daß die Nazis mit ihrer Absicht, diesen Streik zu unterstützen, keine Reklame machen. Goebbels schreibt in sein Tagebuch: *»Wenn wir uns diesem Streik, der um die primitivsten Lebensrechte der Straßenbahner geht, entzogen hätten, dann wäre damit unsere feste Position im arbeitenden Volks Wanken gekommen.«*

²⁰ In allen nachträglichen Veröffentlichungen über den BVG-Streik wird hin und her gerechnet, ob die nach der Gewerkschafts-Satzung erforderliche 75prozentige Mehrheit für den Streik erreicht wurde. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie gehen damals wie heute davon aus, daß alle Beschäftigten einschließlich der nicht zur Wahl Erschienenen zugrunde gelegt werden müßten — dann ist eine Dreiviertelmehrheit nicht erreicht.

Kommunisten gehen damals wie heute davon aus, daß nur die zur Wahl Erschienenen Grundlage der Rechnung sein dürften. Carlebach erklärt die rund 3365 Abwesenden (in der TAT, 5. 11. 1982) kurzerhand zu Angeordneten, die ohnehin nicht mit hätten abstimmen dürfen; auf diesem Wege kommt auf dem Papier eine Dreiviertelmehrheit zustande.

Angeht die Tatsache, daß der *»Gesamtverband«* seine Verantwortung für die Urabstimmung an den Betriebsrat abgegeben hatte, und angesichts der sich kurz vor den Reichstagswahlen zuspitzenden politischen Situation war es der Verstand aus der Rocktasche, die Satzung, nach dem die Gewerkschaften handelten — und das war auch von ihrem Standpunkt ein nicht berechtigter Maßstab: schließlich haben nicht die ADGB-Gewerkschaften ihre Mitglieder befragt, sondern der Betriebsrat die Belegschaft.

²¹ Die Zusammensetzung dieser Delegiertenversammlung: *»Von 127 Delegierten gehörten 25 dem »Gesamtverband«, 5 dem DMV, 5 der GdE und 52 der RGO an. 40 waren gewerkschaftlich unorganisiert.«* Nach J. Wieszt, KPD-Politik in der Krise 1928—32, Frankfurt 1976, S. 559.

²² *»Die... Streikleitung bestand neben den führenden KPD-Funktionären und RGO-Leuten aus vier oppositionellen Mitgliedern des »Gesamtverbandes«, vier NSBOlern und zwei Frauen von Arbeitern...«* Wieszt, ebd.

²³ Josef Goebbels, Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, Tagebuchblätter, NSDAP-Verlag 1936, S. 181/192. Die Form der Tagebuchaufzeichnung ist dieser nachträglichen Interpretation durch Goebbels offensichtlich übergestülpt, da der *»sich stündlich ausweitende Streik«* bei ihm schon unter dem 2. November notiert wird.



Hier haben wir vor der Wahl noch einmal die große Gelegenheit, der Öffentlichkeit zu zeigen... Der roten Presse ist jeder Agitationsstoff gegen uns genommen... Wir befinden uns in einer keineswegs beneidenswerten Lage. Viele bürgerliche Kreise werden durch unsere Teilnahme am Streik abgeschreckt. Das ist aber nicht das Entscheidende. Diese Kreise kann man später sehr leicht wiedergewinnen; hat man aber den Arbeiter erst einmal verloren, dann ist er auf immer verloren.²³

Ebenfalls an diesem Vormittag des ersten Streiktages wird auf einer Ministerbesprechung der Reichsregierung über den BVG-Streik geredet, das Protokoll hält davon fest: »Reichsminister Dr. Bracht hielt den Streik für eine Kraftprobe der KPD. Wirtschaftliche Gründe seien kaum gegeben... Die Regierung gehe gegen den Streik nachdrücklich vor. Sie schütze die Geräte, Verkehrseinrichtungen und Arbeitswilligen und werde vor vorläufigen Festnahmen nicht zurückschrecken. An den Beschädigungen der ersten ausfahrenden Wagen hätten sich auch Vertreter der Nationalsozialisten beteiligt. Im übrigen arbeiteten sie nicht mit der KPD zusammen. Eine entsprechende Weisung werde von der nationalsozialistischen Partei herausgegeben...«²⁴

Am Mittag des 3. November lädt die Direktion der BVG, die Vertreter des »Gesamtverbandes« zu Verhandlungen ein. Sie verlangt, die Lohnkürzung und eine verkürzte Laufzeit des verschlechterten Manteltarifs zu unterschreiben. Der Vertreter des »Gesamtverbandes«, Koll. Schaum, lehnt ab. Dies ließ der Direktion nur den Weg in die staatliche Schlichtung über, den sie offenbar auch mit aller Eile suchte.

Und die Gewerkschaft? Für die Ohren der Mitgliedschaft veröffentlicht sie einen schäumenden Protest: »Das ist der einzige Erfolg, richtiger Mißerfolg der Nazi-Kozi-Taktik. Die Lohnverhandlungen wurden in den Bereich der behördlichen Zwangsschlichtung getrieben.«²⁵

Die »Weltbühne« sieht etwas genauer hin: »Abgesehen davon, daß sich der Bevollmächtigte des Gesamtverbandes, Herr Schaum, vor dem Schlichter gar nicht gegen die Verbindlichkeit wehrte, sie sogar herbeisehnte...«²⁶

Das Verhältnis der Sozialdemokratie zum staatlich verordneten Zwangstarif wird deutlich in einer Diskussion, die im SPD-Parteiausschuß nach dem BVG-Streik geführt wird. Dort sagt Graßmann: »Wir haben mehr als ein halbes Jahrhundert den Kampf um den Tarifvertrag geführt. Wenn wir heute davon loskommen würden, würden wir in eine Situation kommen, wo man mit Streiks angesichts der Arbeitslosen und der politischen Korruption der Massen verflucht wenig anfangen könnte... Auf keinen Fall los vom Schlichtungswesen. Das Schiedsverfahren und der Zwangstarif und die Verbindlichkeitserklärung haben Widerspruch in größeren Organisationen gefunden, die uns erklärt haben, wir bekämen



heute bei den derzeitigen Machtverschiebungen in der Verwaltung und im öffentlichen Leben den Arbeitsmarkt mit der Tarifpolitik, wie wir mit ihr groß geworden sind, nicht mehr. Das, was wir brauchen, ist die Verbindlichkeitserklärung. Ich bitte Sie dringend, diese Gedanken draußen nicht zu propagieren. Es würde eine Stimmung verbreiten, die uns außerordentlich gefährlich werden könnte...«²⁷

Darauf antwortet Litke, Berlin: »Der Gesamtverband wußte doch, daß von 21.000 Mann nur 6000 gewerkschaftlich organisiert waren, dann hätte er seine Mitglieder selbst zusammenberufen und sie selbständig bestimmen lassen sollen. Nachdem sich überhaupt 66% für den Streik erklärt hatten, hätten sie bestimmt für Streik gestimmt und dann wäre eine klare Entscheidung dagewesen... Es wäre durch einen sozialdemokratischen Antrag (im Aufsichtsrat der BVG, d. Red.) die Möglichkeit vorhanden gewesen, daß der Zweipfennig-Lohnabzug nicht vorgenommen wurde. Warum ist

²⁴ Niederschrift über die Ministerbesprechung am 3. Nov. 1932 vormittags 11.30 Uhr in der Reichskanzlei, (unveröffentlicht US-Mikrofilm). Zit. nach: J. Oltmann, Das Paradeferd der Totalitarismustheorie, Blätter für deutsche und internationale Politik, 11/1982, S. 1374.

²⁵ Gewerkschaft, Nr. 46, 12. November 1932

²⁶ Die Weltbühne, 15. November 1932

²⁷ Hagen Schulze, Anpassung... S. 61 (Hervorhebungen durch uns, d. R.)

²⁸ ebd., S. 68



- 1) In jedem Straßenbahnwagen fahren bewaffnete Polizisten mit.
- 2) Riesige Stauungen am 3. November morgens vor den Bahnhöfen.
- 3) Aufgerissene Schienen, um streikbrechende Straßenbahnen zu behindern.
- 4) Streikposten der NSBO
- 5) Streikposten der RGO

der Aufsichtsrat nicht zusammengetreten? Weil die Mitglieder der Bezirksleitung des Gesamtverbandes gesagt haben, daß darf es nicht geben, wenn das geschieht, wird das als Sieg der RGO ausgelegt.²⁸ Die Gewerkschaftsfunktionäre lassen sich also lieber vom Staatsapparat »besiegen« als die Mitgliedschaft zur Verteidigung zu rufen.

Ebenfalls um die Mittagszeit des 3. November schickt die »Zentrale Streikleitung« eine fünfköpfige Verhandlungsdelegation zur BVG-Direktion, die folgenden Forderungen vorträgt:

- Rücknahme der Lohnsenkungs-Abmachung,
- Verpflichtung der Direktion, keine weiteren Lohnsenkungen vorzunehmen,
- Rückzug der Polizei aus den besetzten Betriebsstätten,
- Keine Maßregelungen, Bezahlung der Streiktage,
- Den Freien Gewerkschaften wird das Recht zu weiteren Verhandlungen abgesprochen.

Die Direktion lehnt Verhandlungen mit der Streikleitung grundsätzlich ab, sie notiert sich nur die Namen der Delegationsmitglieder.

Am Nachmittag des 3. November beantragt die BVG-Direktion das Schlichtungsverfahren. Am späten Nachmittag beginnen die Verhandlungen zwischen der Direktion und den Vertretern der Freien Gewerkschaften vor dem Schlichter, Gewerberat Körner. Die Direktion fordert inzwischen verschärften Lohnabbau über die 2 Pfg. hinaus. Der Schlichter schreibt das bisherige Verhandlungsergebnis fest. Trotzdem lehnt der Vertreter der Gewerkschaft wegen der Lohnsenkung ab. Daraufhin beantragt die BVG die staatliche Verbindlichkeitserklärung.

Am Abend, gegen 21.00 Uhr wird der Schiedsspruch durch Amtsgerichtsrat Hoyer für verbindlich erklärt, der Zwangstarif hat damit Gesetzescharakter.

Die Verbindlichkeit des Zwangstarifs wird in der Nacht zum 4. November durch Rundfunk bekanntgegeben, die BVG-Direktion läßt zusätzlich Plakatanschlätze und Zeitungsanzeigen verbreiten, in denen in BVG-Arbeiter auf die sofortige

Ungesetzlichkeit ihres Handelns hingewiesen und aufgefordert werden, bis 14.00 Uhr am 4. November, Freitag, die Arbeit wieder aufzunehmen, ansonsten werden sie fristlos entlassen.

Noch am Abend dieses 3. November tagen in den verschiedenen Betriebsstätten Streikversammlungen, in denen sich die Mehrzahl der Anwesenden für die Weiterführung des Streiks aussprechen.

Am späten Abend, unmittelbar nach Verkündung des Zwangstarifs, nimmt die Polizei 52 Funktionäre der Berliner Bezirksleitung der RGO fest, die gerade darüber diskutieren, wie die Gas-, Wasser- und Elektrizitätsarbeiter für Solidaritätsstreiks gewonnen werden können.

Ebenfalls findet in dieser Nacht eine Lagebesprechung im Polizeipräsidium statt, in der die Maßnahmen gegen eine »Störung der öffentlichen Ordnung«, zu was der Streik ab sofort erklärt wird, besprochen werden.

Am Freitag, 4. November, gegen 5 Uhr früh versucht eine etwa 1000köpfige Menge, das Ausfahren von Straßenbahnen am Depot Belziger Straße zu verhindern. Die Polizei versuchte dreimal, die Menge mit dem Knüttel zu vertreiben. Steinwürfe, Rufe wie »Bluthunde« sind die Antwort. Einem Zeitungswagen des Vorwärts-Verlages werden sämtliche Zeitungen abgenommen. Nach Warnschüssen schießt die Polizei scharf. Der 45jährige SA-Mann Kurt Reppich wird durch Kopfschuß getötet, der Angestellte Helmut Schulz und der Arbeitslose Adolf Munkel werden mit schweren Schußverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert.

Der Angriff auf das Vorwärts-Auto gibt die Stimmung wieder, in der sich Betriebsarbeiter und Bevölkerung angesichts des Verhaltens der Gewerkschaftsführungen und der SPD befanden. Im SPD-Vorstand war diese Stimmung durchaus bekannt: »Genossen, die Pfeile (das Symbol der SPD, den Dreipfeil, d. Red.) getragen haben, sind als Streikbrecher angesehen worden, und die Genossen, die an Bahnhöfen wohnen, haben ihre (SPD-) Fahnen hereingenommen...«²⁹

Die Stoßrichtung der KPD-Agitation gegen Erscheinungsformen reformistischer Politik, und ihre Beschränkung darauf machten es der NSBO leicht, sich an diesem Punkt seit' an Seit' zur RGO zu stellen, ohne daß sie ihre grundsätzliche Gegnerschaft zur proletarischen Klassenpolitik offenlegen mußten. Die Streikposten stehenden revolutionären Arbeiter, die dabei mit Nazis in Kontakt kamen, hatten durch die Partei kaum Hilfe, um auf diese Demagogie politisch zu antworten. Karl Retzlau, damals KPD-Funktionär, beschreibt dies in seinen Erinnerungen:

»Ich ... stand an mehreren Morgen schon früh um 4 Uhr mit anderen Mitgliedern meines Parteidistrikts vor dem Tor des Straßenbahn-Betriebshofes, um Flugblätter an Straßenbahner zu verteilen. Zu meiner und meiner Genossen bösen Überraschung kamen auch Nazis mit Flugblättern. (...) Die Diskussion, die sich nun entwickelte, war ganz und gar nicht freundlich. Wenn unsere riefen: 'Ihr seid doch auch Proletarier', so antworteten sie: 'Nein, wir sind es nicht, wir sind nationalgesinnte Arbeiter und keine Judenhörige.«³⁰

Am Vormittag des 4. November tagt eine Vollversammlung der freigewerkschaftlichen BVG-Funktionäre im Gewerkschaftshaus. Nach einem Bericht des Verhandlungsbevollmächtigten, Koll. Schaum, über die Schlichtungsverhandlungen und den Verbindlichkeitsspruch wird den Verhandlungsführern bei nur drei Gegenstimmen das Vertrauen ausgesprochen. Einem Kritiker, der sich mit dem Verbindlichkeitsspruch nicht einverstanden erklärt, wird noch in der Versammlung seine Funktion aberkannt und das Verbandsbuch abgenommen (laut RGO).

Im Laufe des Tages findet bei der Berliner Gasbetriebsgesellschaft, 1600 Beschäftigte, eine Urabstimmung darüber statt, ob eine Lohnsenkung von 2 Pfennig (ab Januar 3 Pfennig) mit Streik beantwortet werden soll oder nicht. Mehr als 3/4 der Beschäftigten sprechen sich gegen den Lohnabbau und für Kampfmaßnahmen aus — daraufhin verzichtet die Geschäftsführung auf die Lohnsenkung. Bei der Müllabfuhrgesellschaft werden von Belegschaftsgruppen Sympathie-Streikbeschlüsse gefaßt.

²⁸ ebd., S. 68

³⁰ Karl Retzlau, Spartakus, Ffm 1971, S. 309/310



Aus Baumaterial aufgeworfene Barrikaden.

Den ganzen Tag über verschärfen sich die Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Streikenden vor den Depots der BVG — zumal sich inzwischen 3000 bis 4000 Arbeitswillige bemühen, einen Notverkehr auf einigen Linien in Gang zu bekommen. Sabotageaktionen nehmen zu. Inzwischen ist die gesamte Berliner Schutzpolizei im ständigen Einsatz.

Am Nachmittag kommt es in der Eisenacher/Hauptstraße (Schöneberg) zur regelrechten Straßenschlacht um einen Straßenbahnwagen. Beim Kampf um von Streikposten aufgerichtete Barrikaden werden von der Polizei die Arbeiter Emil Köpp und Georg Horn erschossen. Außerdem werden mindestens 9 Schwerverletzte in die Krankenhäuser eingeliefert.

Gegen Abend erläßt der kommissarische preußische Innenminister, Reichskommissar Dr. Bracht, folgenden Rundfunkaufruf: »Die Berliner Schutzpolizei hat den Befehl, gegen jeden Widerstand, der der Wiederaufnahme der Arbeit bei der BVG durch Arbeitswillige geleistet wird, rücksichtslos mit der Waffe vorzugehen.«³¹ Bracht führt an diesem Abend ein Gespräch mit dem Befehlshaber des Wehrkreises III, General von Fritsch, in dem erwogen wird, ob und wann die Reichswehr sich in den Arbeitskampf einmischen soll.

Der Polizeipräsident verbietet am Abend die Tageszeitungen »Volkswacht« und »Volks-Echo«, sowie die »Rote Fahne« und die »Welt am Abend«, weil sie für den Streik Stellung genommen haben.

Am Abend werden von Streikausschüssen verschiedener Depots Abstimmungen durchgeführt über Fortführung des Streiks oder nicht. Die Teilnehmer sprechen sich überwiegend für die Weiterführung aus. Im Laufe des Tages nimmt die Polizei mehr als 400 Streikende vor den Depots fest.

Sonabend, 5. November. Bei der Berliner Müllabfuhr setzen sich die Streikentschlossenen durch, bis zum Abend hin streiken die 1300 Berliner Müllmänner aus Solidarität mit den BVG-Arbeitern. Von der Justiz werden Schnellgerichte eingesetzt, um die große Zahl von verhafteten BVG-Arbeitern abzuurteilen. Beispiel: Der Zugabfertiger Erich Topf wird nachts verhaftet, als er sich darüber empört, daß Polizisten ein von ihm angebrachtes Streikplakat wieder abreißen, er wehrt sich. Dafür muß er einen Monat ins Gefängnis.

Etwa ein Sechstel der Straßenbahnzüge fährt an diesem Tag etwa auf der Hälfte der Strecken, allerdings nur, solange es hell ist. Autobusse will die Direktion noch nicht einsetzen.

Es kommt ein telefonischer Kontakt zustande zwischen Direktion und Streikleitung, der zur Folge hat, daß die Streikleitung drei Mitglieder zu Verhandlungen ins Direktionsgebäude schickt. Nach einem Gespräch mit dem Prokuristen

Heydenreich werden sie von auf sie lauenden Polizisten verhaftet. Dazu berichtete der kommunistische Stadtverordnete Wiesnewski später im Stadtparlament, »ein Polizeioffizier hätte bei der Verhaftung erklärt, daß eine derartige Niedertracht wie die Auslieferung von Unterhändlern an die Polizei ihm als Offizier noch nicht passiert sei.«³²

Die Gauleitung der NSDAP verlangt von ihren Mitgliedern, daß sie sich vom Streikpostenstehen und aus dem Streikkomitee zurückziehen. An offiziellen Verhandlungsdelegationen teilzunehmen, war ihnen ohnehin verboten worden.

Sonntag, 6. November, Wahl zum Reichstag. Der Deutsch-Nationale »Lokal-Anzeiger« stellt in seiner Ausgabe vom Sonntagmorgen die Frage: »Von nationalsozialistischer Seite liegt eine Erklärung zum Streik bis zur Stunde noch nicht vor, obwohl sicher sehr viele Berliner ein Interesse daran hätten, noch bis zum 6. November vormittags zu erfahren, wie eigentlich die Leitung der NSDAP in Berlin jetzt zu dem rein politischen wilden Streik steht.«

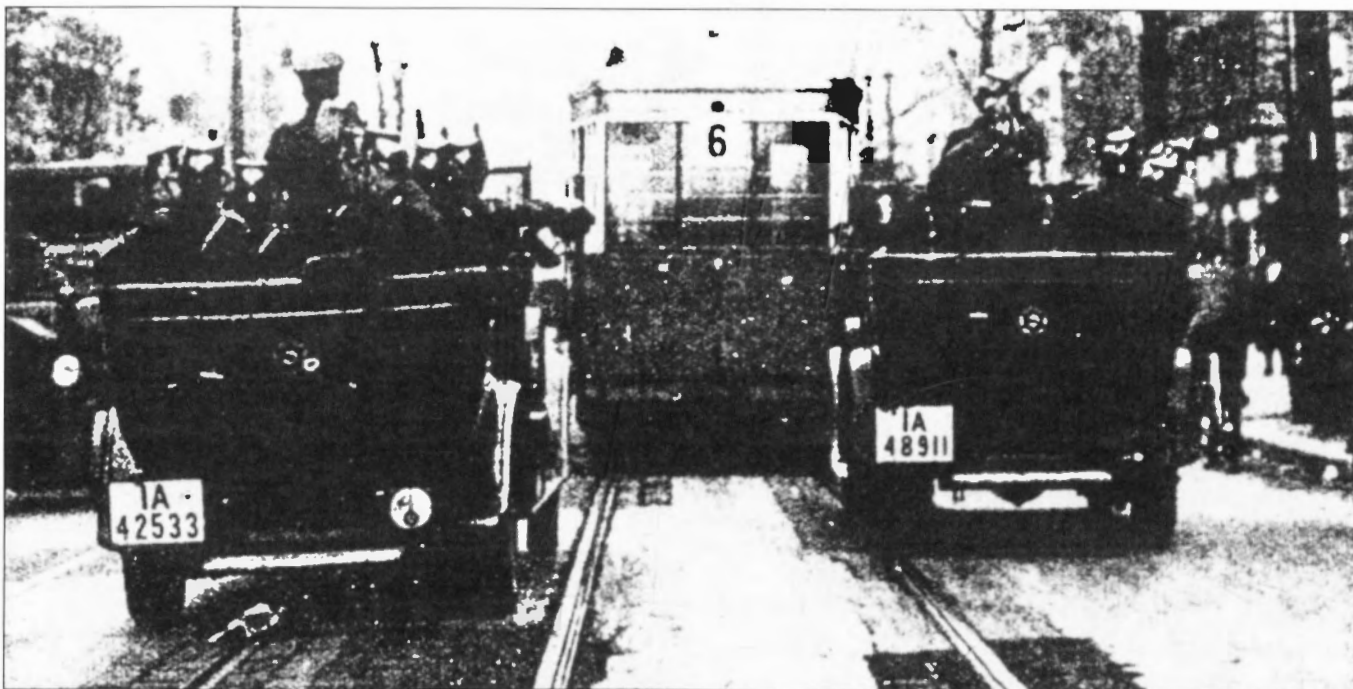
Die Direktion der BVG gibt bekannt, daß heute 1000 Arbeitern die Entlassungspapiere zugestellt werden. Die bürgerliche Presse meldet keine Massenentlassungen vor den Depots mehr, sondern nur noch verschiedene Sabotageakte: Straßenbahnschaltkästen werden kurzgeschlossen, Bäume oder Steine über die Schienen gelegt, Straßenbahnwagen mit Steinen beworfen. Die begleitenden Polizisten schießen sofort scharf, sobald sie meinen, Täter zu erkennen.

Der Verkehr wird dennoch auf mehr Linien und in schnellerer Folge wieder aufgenommen. Inzwischen sind mehr als 6000 Beschäftigte wieder zur Arbeit in die Betriebe gekommen.

Die Wahlen zum Reichstag bringen zwischen den Arbeiterparteien eine Verschiebung zugunsten der KPD. Sie gewinnt 712.000 Stimmen, während die SPD 610.000 Stimmen verliert. Die NSDAP verliert 2 Millionen Stimmen, die Wahlbeteiligung geht um 1,4 Millionen zurück.

Im Parteivorstand der SPD wird einige Tage später geäußert, das schlechte Abschneiden der Partei sei ausschließlich auf ihre Haltung während des BVG-Streiks zurückzuführen. Die KPD erklärt umgekehrt ihren Wahlerfolg mit ihrer »revolutionären Streikführung« beim BVG-Streik.

Auf die **Schwäche der RGO-Taktik und ihre objektive Wirkung** weist die KPD-O hin: »Solange die Kommunisten sich nicht mit den übrigen Gewerkschaftlern zu einer unlöslichen Kampfeinheit verbünden, bis zu einem gewissen Grad verschmelzen, solange der gewerkschaftsfeindliche Fremdkörper der RGO das Zustandekommen dieser Einheit



Polizei-Schnellwagen begleiten die Streikbrecher-Straßenbahnen.

verhindert, solange blüht der Weizen der Nazis, solange haben sie Aussicht, in die Reihen der Betriebsarbeiter erfolgreich einzubrechen. Die Stimmenzunahme der Nazis gerade bei BVG-Arbeitern am 6. November (in einem Weddinger Stimmbezirk um 13, in einem Neuköllner um 16 %) zeigt ihre Marschrichtung. Sie sind auf dem besten Wege, die »Leere« auszufüllen. Die Nazis waren trotz aller RGO-Rennomisterei der streikauflösende Faktor. Heute lösen sie Streiks aus, morgen werden sie die Streiks niederschlagen. Die RGO-Taktik kann diese Gefahr nicht bannen.«³³

Zu Beginn des Streiks hat die KPD entsprechend ihrer Parole von der »Einheitsfront von unten« versucht, die im Betrieb agierende NSBO nicht »politisch vor den Kopf« zu stoßen. Nationalsozialisten wurden als »Revolutionäre in falscher Front« bezeichnet, folgerichtig war es für die KPD-Leitung kein Problem, wenn sie mit dem Leiter der Berliner NSBO, Engel, der kein BVG-Arbeiter war, zusammen in der Streikleitung saß.³⁴ Dieses Verhalten trug wesentlich zur politischen Desorientierung der KPD- und RGO-Mitglieder in Hinblick auf ihre Haltung zu den Nazis bei.

Erst im Verlaufe des Streiks wird durch das praktische Verhalten der NSBO-Leitung und ihrer Mitglieder (verwirrende eigene Meldungen, Überfälle auf Arbeiter) deutlicher, daß für die Nazis die Beteiligung am BVG-Streik den Zweck hat, in der Arbeiterschaft zersetzend zu wirken und ihren »Ersatz-Sozialismus« zu propagieren.

Am Montag, 7. November, wird der Liniendienst von Straßenbahn, U-Bahn und Bussen in noch größerem Maße als bisher wieder aufgenommen. Bis zum Abend bieten rund 11.000 Arbeiter ihre Arbeitskraft wieder an. Die noch existierende Streikleitung hat keinen Einfluß mehr auf die Entwicklung. Sie gibt am späten Abend einen Beschluß bekannt, nach dem **der Streik am Dienstag, morgens um 5 Uhr beendet werden soll.**

Nach einer Aussage von Wilhelm Pieck im Reichstag sollen von den vier in der Streikleitung befindlichen NSBO-Arbeitern zwei für Arbeitsaufnahme gestimmt haben, einer habe sich

enthalten, der vierte sei nicht erschienen. Dagegen verbreitet die NSDAP noch provozierende und verwirrende Meldungen, nach denen die Arbeit nicht aufgenommen werden soll.

Auch der Solidaritäts-Streik der Müllarbeiter wird an diesem Tag beendet. Am Ende des Streiks bei der BVG sind mindestens 4 Menschen erschossen, mehr als 10 schwer verletzt durch Polizeischüsse, mehr als 500 verhaftet, zum großen Teil werden sie zu mehrwöchigen Haftstrafen verurteilt. Mehr als 20 Arbeiter werden vor das Reichsgericht gezerrt und wegen »Hochverrats« zu Zuchthaus verurteilt. Der Streik erreicht **keine** Verhinderung des Lohnabbaus, ebenso wird **keine** Maßregelungsklausel durchgesetzt, die BVG-Direktion entläßt mehr als 2600 Arbeiter.

Folgen des Streiks

Nach dem Streik protestieren Gesamtverband und ADGB gegen diese Entlassungen und erhalten die Antwort, daß die Direktion jeden einzelnen Fall prüfen werde, Wiedereinstellungen kämen aber nur in Frage, »soweit es die Verkehrs- und Betriebsbedürfnisse zuließen«. (Vossische Zeitung, 9. 11. 32) Diese Formulierung untermauert einen schon zu Beginn des Streiks geäußerten Verdacht, wonach der BVG-Direktion ein Arbeitskampf nicht ungeliebt kommen würde, um im Anschluß die (betriebswirtschaftlich) notwendige Arbeitsplatzvernichtung besser »begründen« zu können.

Nach dem Streik wird der Redakteur des nationalsozialistischen Zeitung »Angriff«, Dr. Lippert, gleichzeitig Vorsitzender der NSDAP-Stadtverordneten-Fraktion, wegen seiner Stellungnahme für den BVG-Streik seines Redaktions-Postens enthoben. Gleichzeitig erscheinen Stellungnahmen der Nazis, nach denen bei der BVG nicht ein NSBO-Mann entlassen wurde.

Nach dem Streik kommt es in den Gliederungen der KPD, die unmittelbar mit der BVG zu tun haben, zu Diskussionen über die Haltung der KPD während des Streiks. »Mangelnde Abgrenzung der Partei von den Nazis« wurde den Funktionären von den Beteiligten vorgeworfen. Während einer Diskussion in der Zelle der Friedrich-Ebert-Siedlung (Block 1) über eine Resolution zum BVG-Streik sollte eine Zusatz-Resolution abgestimmt werden. »In einem Zusatz sollte ausgedrückt werden, daß die Mängel des BVG-Streiks begründet liegen in dem Versagen der Parteiführung, und daß nicht der unteren Parteimitgliedschaft der Vorwurf einer mangelhaften Arbeit gemacht werden könnte. Es war vielmehr so, daß die Mitgliedschaft immer auf den Beinen war, aber als sie verhindern wollten, daß in einer Streikversammlung die Nazis die absolute Führung bekamen (!), war weder ein verantwort-

³¹ Berliner Lokal-Anzeiger, 5. November 1932

³² Vossische Zeitung, 11. November 1932

³³ Gegen den Strom, Nr. 24, 19. November 1932

³⁴ Angaben nach »Gegen den Strom«, Nr. 26; 7. Dezember 1932. Der im Streikkomitee sitzende Engel war 6 Monate später der »Reichskommissar«, der in Berlin den Nazi-Überfall auf die Gewerkschaftshäuser organisierte (Vossische Zeitung, 2. Mai 1933)

³⁵ Gegen den Strom, Nr. 25, 3. Dezember 1932

³⁶ Zit. bei Hannes Heer, Burghrieden . . . S. 94

³⁷ ebd., S. 94

licher Genosse der Streikleitung, noch der verantwortliche Instrukteur der RGO-Stoßbrigade der BVG zu finden.«³⁵

Schlußfolgerungen

Der ADGB und mit ihm der »Gesamtverband« haben in der Endphase der Weimarer Republik, in der seit 1929 sich ausbreitende Krise, an ihrer Rolle als Tarifpartner der Unternehmer, der die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich aushandelt, festgehalten.

In einer Zeit, in der alle Gegensätze in der Gesellschaft sich polarisieren, wollten die Gewerkschaften den Faden zum Gegenpol, den Unternehmern, nicht abreißen lassen. Das bedeutete, daß sie sich zuletzt auch noch ihr ureigenstes Mittel, den frei ausgehandelten Tarifvertrag, von der Reichsregierung aus der Hand schlagen ließen, sich der Zwangsschlichtung unterwarfen.

Sie hatten weiter die Vorstellung, daß sie die Arbeitskämpfe um Lohn auf der Ebene der »rein wirtschaftlichen Kämpfe« halten könnten. Die objektiv politische Dimension dieser Streikwelle im Herbst 1932 wurde von den Gewerkschaften bekämpft — aus Angst vor dem Verlust der eigenen Rolle, weiterhin den »Mittler zwischen den Fronten« abgeben zu können. Dabei schienen ihnen die revolutionären Kräfte in der Arbeiterschaft, die offen die unmittelbare Auseinandersetzung zwischen den Klassen durch die Förderung der Bewegung der Arbeiterklasse austragen wollten, die größere Gefahr zu sein als die herrschende Klasse selbst.

Tarnow, führender Funktionär des ADGB, wollte »alles... versuchen, um diese nicht gewerkschaftlichen Kämpfe in unsere Hände zu bekommen.« Er hoffte, die Unternehmer würden erkennen, »daß ein bolschewistischer Kampf ihnen sehr viel gefährlicher werden muß«.³⁶ Die Sozialdemokratie hatte als Programm der herrschenden Klasse nur noch das anzubieten, worauf sie sich in der Arbeiterschaft stützte: Passivität und Stillhalten gegenüber dem politischen Angriff der Reaktion. Den führenden Kreisen des Kapitals war dieses inzwischen nicht mehr ausreichend, die »Mittler« waren nicht mehr gefragt.

Die »Deutschen Führerbriefe«, ein Informationsdienst der Großindustrie, die das Festhalten des ADGB am Tarifwesen als einen inneren Kampf gegen den Kommunismus« bezeichneten, schrieben am 2. Dezember 1932: »So richtig es daher war, den Dingen bis jetzt ihren Lauf zu lassen und die Gewerkschaften gefügig und mürbe zu machen, so mehrten sich doch nunmehr die Anzeichen, daß der Zeitpunkt sich nähert, an dem die Regierung in die Entwicklung wird eingreifen müssen.«³⁷ Fünf Monate später wurden die »Mittler zwischen den Fronten« von den politischen Sturmtrupps der herrschenden Klasse überrollt.

Erweisen sich die Gewerkschaften »als nicht fähig zum Widerstand, so werden sie vernichtet, nicht nur durch Schläge von außen, sondern auch durch Zersetzung von innen. Organisationen, die sich als unfähig erweisen, ihre eigenen und die Verteidigung der Massen zu organisieren, die ein Hemmschuh für das Handeln der Klasse sind, verhindern zugleich das spontane Handeln der Klasse. Hier ist die Tragik in der Lage der Arbeiterklasse.«

(GEGEN DEN STROM, Organ der KPD-O, am 25. Februar 1933)

Die Verschiedenheit der »Fehler«, die SPD und KPD am Ende der Weimarer Republik machten, lassen sich am vielschichtigen BVG-Streik erkennen:

Die grundsätzliche Beschränktheit des Reformismus wurde mit der zunehmenden Wirtschaftskrise und dem steigenden Druck reaktionärer Kräfte im Herbst 1932 immer offensichtlicher. Die in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter fanden in dieser Situation keine Antworten und keine praktischen Hilfen mehr für ihre existentiellen Probleme. Lokale, spontane Abwehrversuche wurden von den Organisationen mit der breitesten Grundlage, den Gewerkschaften, nicht aufgegriffen und weiter entwickelt, was zwangsläufig das Abwürgen von spontanem Widerstand bedeutete.

Ausgabe B

37. Jahrgang

Nummer 20

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptverwaltungsstelle: Emil Felix
Berlin SO 14, Michaelisplatz 1/2
Fernsprecher: Amt 77 Jannowitz 6191

Berlin, den 20. Mai 1933

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Ausgabe gratis
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Der 1. Kongreß des deutschen Arbeitertums

Der Reichskanzler übernimmt die Schirmherrschaft

Am Mittwoch, dem 10. Mai 1933, erlebte das deutsche Volk einen Tag von historischer Bedeutung und dramatischer Wucht. Der Plenarsaal des Preussischen Staatstheaters war festlich geschmückt, und das Banner der nationalsozialistischen Revolution beherrschte die Wand hinter dem Präsidentenstuhl. Blumenarrangements und Guirlanden lieferten in Verbindung mit den leuchtenden roten Schleiern des Sanktenkreuzes ein Bild der Freude und der Weihe.

Nach der Begrüßung war der Saal bereits überfüllt. Mehr als 500 Vertreter des gesamten deutschen Arbeitertums aus allen Vaterländern und der abgetrennten Gebiete waren erschienen. Man sah fast alle Mitglieder des Reichskabinetts sowie die der Reichs- und Länderregierungen, ferner die Statthalter des Reichs, die Abordnungen der Wehrmacht und die Delegierten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Die Stadt Berlin war durch Oberbürgermeister Dr. Gumbert vertreten, die Arbeitgeberverbände durch den Vorsitzenden Dr. Kautzsch und den Geschäftsführer Dr. Wismar.

Unvergesslich wird für jeden Volksgenossen dieser Tag für sein ganzes Leben sein.

Die Vertreter des Arbeiters des Stiers und der Bauern kamen hierher, und die Gelehrten waren innerlich aufgeregt von der Bedeutung dieser Stunde. Schwermütige Äußerungen und harte Gefühlsregungen konnte man hören. Der deutsche Arbeiter war wie ein verlорener Sohn aus der Fremde, aus der internationalen Diktatorie in sein Vaterland zurückgekehrt.

Der deutsche Sohn des Volkes soll der treueste sein.

Eine weichenhafte, lauliche Stille trat ein, als unter Führer Adolf Hitler, den Saal betrat. Er wurde begrüßt vom Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Gumbert, M. d. R. In diesem Moment brach die Freude empor, die Hände erhoben sich zum Gruß, und stürmische Heil-Rufe durchhallten den Saal. Der Vorsitzende des Präsidiums, Reichslandtagsabgeordneter Dr. Schmeier, unterfuhr durch die Nationalsozialistischen Führer, Gumbert, Schumann und Muthow, eröffnete mit kurzen, packenden Worten den 1. Kongreß der deutschen Arbeit. Gumbert regte der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Gumbert, zu einem einheitlichen Vortrag des Wortes. Die ganze Zeit und die Begeisterung, vereint mit dem klaren, durchdringenden nationalsozialistischen Denken, zeigte sich in seiner Rede.

Der Höhepunkt des Kongresses trat ein. Das Wort hatte Adolf Hitler. Schlichte, einfache Worte, ohne Pathos, genial packend die Probleme, in fester, kristalliner Klarheit auflösend und meißelnd, erlebte das ganze Haus.

Die Seele unseres Führers, der die Seele des Arbeiters kennt, mit ihm verbunden ist und aus seinen Reiben hervorgeht.

Immer wieder brausenden Beifallsklänge und Heil-Rufe empor. Groß und ungeheuerlich, ist dieses Erlebnis für alle. Schärfe und Klarheit, vernichtend die Abrechnung mit den Feinden des Volkes und des deutschen Arbeitertums. Unvergleichlich erhebt sich der fanatische Wille, das deutsche Volk und damit den deutschen Arbeiter zu neuem Leben, zu neuer Freiheit und sozialer Gerechtigkeit zu führen.

Der Kongreß gipfelte in der Ernennung der Schirmherrschaft über die Front des deutschen Arbeitertums durch Adolf Hitler.

Unermesslicher Jubel, ein Heil auf den Führer und das Vaterland und das Heil-Weiß-Weiß beendeten den 1. Kongreß der deutschen Arbeiter von größter historischer Bedeutung.

Die Beschränktheit der taktischen Politik der KPD, wortradikale Angriffe auf die »verräterische« reformistische Gewerkschaftsführung zu starten, was ihr in der Krise einen großen Zulauf neuer Mitglieder verschaffte, (dem aber auch ein ebenso schneller Verlust folgte), machte es ihr unmöglich, eine dauerhafte politische Verbindung zu den noch reformistisch beeinflussten Arbeitern aufzubauen und mit ihnen den notwendigen revolutionären Ausweg zu gehen. Die Unfähigkeit, die durch den abgewirtschafteten Reformismus entstehende politische Lücke bei der Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auszufüllen, bedingte die gleichzeitige Unfähigkeit, die Nazis daran zu hindern, daß sie in diese Lücke eindringen, um auf ihre Art Verzweiflung und Empörung zu organisieren.

Die Tatsache, daß die KPD die (notwendige) Auseinandersetzung mit dem Reformismus innerhalb der organisierten Arbeiterklasse durch die von außen auf die Gewerkschaftsmittglieder wirkende RGO führen wollte, gab der NSBO (als einer von außerhalb der organisierten Arbeiterklasse kommenden Kraft) erst den Anschein einer der RGO gleichgestellten »revolutionären« Organisation; immerhin suchten beide Organisationen die wachsende Verbitterung der Arbeiterschaft über die Unfähigkeit des Reformismus, ihre Existenz in der Krise zu verteidigen, für sich zu nutzen — wenn auch mit entgegengesetzten Zielen.

Das Zusammentreffen dieser zwei entscheidenden Faktoren bewirkte, daß am 2. Mai 1933 die organisierten Arbeiter passiv bleiben, als die SA die Gewerkschaftshäuser stürmte. Die Nazis nutzten aus, daß die Gewerkschaftsführung ihren Einfluß auf die Mitglieder verwendet hatte, um sie an Auseinandersetzungen mit der herrschenden Klasse zu hindern. Die Empörung und Enttäuschung über dieses Verhalten waren der Nährboden für den »Ersatz-Sozialismus«, für die »Volksgemeinschaft ohne Klassenkampf«, wie es vom 2. Mai an übergangslos aus den gleichgeschalteten Gewerkschaftszeitungen tönte.

April 1983 ■